



# BERICHT AUS DÜSSELDORF

Florian Braun

Landtagsabgeordneter für das rechtsrheinische Köln

MÄRZ 2022



Liebe Leserinnen und Leser, seit einem Monat tobt Krieg in der Ukraine. Inzwischen sind zahlreiche Geflüchtete in NRW angekommen, denen sowohl das Land als auch viele private und ehrenamtliche Helfer in jeder Hinsicht solidarisch helfen. Das macht mich stolz. Es begegnen uns aber noch andere Auswirkungen des Krieges, wie die steigenden Energie- und Spritpreise. Unsere Antworten auf diese Probleme und andere politische Initiativen aus NRW, finden Sie wie immer im Bericht aus Düsseldorf.



## SCALE-UP.NRW: BESUCH BEI DER ERSTEN KOHORTE

Im Rahmen der offiziellen Auftaktveranstaltung des bundesweit einzigartigen Landesprogramms Scale-up.NRW haben sich die 13 Startups der ersten Kohorte in Münster zum ersten Mal öffentlich vorgestellt. Scale-up.NRW schließt an das Gründerstipendium an und soll erfolgreichen sowie mutigen Gründerinnen und Gründern helfen, ihr Unternehmen auf die nächste Stufe zu heben und international wettbewerbsfähig zu werden. Das 18-monatige Programm startete am 15. März 2022 und unterstützt die Start-ups bei ihrer Skalierung. Insgesamt sind drei Kölner Startups mit dabei: SoSafe, VYTAL und Wegatech. In dieser Woche besuchte ich gemeinsam mit unserem Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski, SoSafe und VYTAL in Ehrenfeld, um mehr über die Arbeit und Herkunft der Unternehmen zu erfahren und um mir einen Eindruck über die praktische Umsetzung und konkrete Unterstützung des Programms zu verschaffen. → [Mehr erfahren](#)

## ZULAGE FÜR NOTFALLSANITÄTER

Auf Antrag der NRW-Koalition hat der Landtag beschlossen, Feuerwehrleuten für ihren Dienst als Notfallsanitäter eine Erschwerniszulage zu zahlen. Sie erhalten dadurch 2,50 Euro mehr pro Einsatzstunde. Sowohl das Berufsbild als auch das Einsatzspektrum haben sich in den letzten Jahren gegenüber dem, was Rettungssanitäter früher geleistet haben, deutlich ausgeweitet. Aber auch die Ausbildung wurde erweitert und durch eine Zusatzprüfung ergänzt. Daher sollen die zusätzlich erworbenen Qualifikationen sowie die komplexeren Tätigkeiten mithilfe einer Zulage honoriert werden. → [Drucksache 17/16771](#)

## ÄRZTEAUSTAUSCH ERMÖGLICHT, UM KINDER ZU SCHÜTZEN

Der Landtag hat in der vergangenen Sitzung einstimmig das Gesetz über einen interkollegialen Ärzteaustausch bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung beschlossen. Somit ermöglicht das Gesetz Medizinerinnen und Medizinern künftig bei Verdacht auf Misshandlung oder Missbrauch, sich mit vorbehandelnden Ärzten zu beraten, damit sichere Diagnosen gestellt werden können. Bisher wechseln gewalttätige Erziehungsberechtigte häufig den behandelnden Kinderarzt, um die Verletzungen ihrer Kinder zu vertuschen – sogenanntes Ärzte-Hopping. Dies war bislang möglich, weil es Ärztinnen und Ärzten ohne Erlaubnis der Sorgeberechtigten untersagt war, sich im Zweifels- oder Verdachtsfall mit einem vormals behandelnden Fachkollegen auszutauschen. Die Schweigepflicht konnte nun in bestimmten Fällen zugunsten des Schutzes von Kindern vor Missbrauch, Gewalt und Verwahrlosung gelockert werden. → [Drucksache 17/14280](#)

### WAS SONST NOCH AKTUELL IST

- NRW benötigt eine durchsetzungsfähige Landgesellschaft → [Drucksache 17/16757](#)
- Gesetz zur Änderung des Inklusionsgrundsatzgesetzes Nordrhein-Westfalen → [Drucksache 17/16697](#)
- Krieg in der Ukraine – Versorgungssicherheit mit Qualitätsgetreide jetzt im Blick behalten → [Drucksache 17/16769](#)
- Mobilität in Gefahr – Spritpreisexplosion abfedern und Verbraucher entlasten → [Drucksache 17/16832](#)



## UKRAINE: ANTWORTEN AUF DIE KRISE FINDEN

Bereits am 09. März 2022 kam der nordrhein-westfälische Landtag zu einer Sondersitzung zusammen, um Solidarität gegenüber der Ukraine zu bekunden. In einer Unterrichtung durch Ministerpräsident Hendrik Wüst ging es um die Folgen des Krieges für NRW. Die Energie- und Spritpreise sind in die Höhe geschossen, sodass sich die CDU für eine Energiepreisbremse einsetzt, um die wirtschaftlichen Folgen abzufedern. Ein zentrales Thema ist die Unterbringung sowie Versorgung von Geflüchteten. Unsere Zusage aus NRW gilt: Wir werden alles tun, um den Geflüchteten hier eine sichere Zuflucht zu bieten sowie den Menschen in der Ukraine mit materieller Hilfe zur Seite stehen. Bereits jetzt stehen 1,6 Milliarden Euro für die Aufnahme von Geflüchteten und Integration bereit. Zudem sollen diese Mittel bei Bedarf selbstverständlich aufgestockt werden. Daneben hat der Krieg in der Ukraine hinsichtlich der Versorgungssicherheit einiges ins Rollen gebracht. Denn er ist zudem eine Herausforderung für die Lebensmittelversorgung in NRW, aber auch global eine Gefahr für die Bekämpfung von Hunger und das Funktionieren von Lieferketten. Mehr als ein Viertel des Weizens, der in der gesamten Welt gehandelt wird, kommt aus der Ukraine und Russland. Deshalb müssen wir sowohl die heimische Lebensmittelproduktion in NRW stärken als auch die landwirtschaftlichen Erzeugung in der gesamten EU voranbringen. → [Drucksache 17/16758](#)

## VIDEOFORMAT: UPDATE NRW

Auf meinen Social Media-Kanälen gibt es Neuigkeiten aus Düsseldorf auch in Bewegtbild. Mit meinem Format Update NRW gibt es zu jeder Plenarwoche einen kleinen Überblick über aktuelle Themen und Gesetzesvorhaben der NRW-Koalition. Zum aktuellen Video geht's hier: <https://www.facebook.com/florianbraun.nrw/videos/500267338363469/>



## STRASSENAUSBAUBEITRÄGE SIND GESCHICHTE IN NRW

In der letzten Plenarwoche hat der Landtag beschlossen, Anliegerinnen und Anlieger ab sofort sowie rückwirkend vollständig von den Straßenbaubeiträgen zu entlasten. Bisher mussten die Kosten anteilmäßig durch die Anliegerinnen und Anlieger getragen werden. Nun übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen diese zu 100 Prozent. Zusätzlich soll in der kommenden Legislaturperiode das Kommunalgesetz geändert werden, sodass die Beiträge dauerhaft wegfallen. Die NRW-Koalition hatte bereits Ende 2019 beschlossen, die Beiträge der Grundstückseigentümer in NRW ab 2020 zu halbieren. Hierfür wurde ein Förderprogramm mit insgesamt 65 Millionen Euro aufgelegt. Von diesem Geld sind bisher 11 Millionen Euro an Förderung geflossen, sodass noch Spielraum für eine weitere Entlastung vorhanden ist. Die nun beschlossene hundertprozentige Übernahme wirkt auch rückwirkend für Grundstückseigentümer, denen seit 2020 die Hälfte der Förderung bewilligt wurde. Seit 1969 hat keine Landesregierung das Kommunalabgabengesetz angefasst und sich an diese Reform getraut – die NRW-Koalition tut es und zwar auf einer soliden finanzpolitischen Basis. Damit schaffen wir eine echte Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, in einer Zeit in der sie es dringend brauchen. Bis Ende Juni 2022 soll die Landesregierung im Eilvernehmen mit den Kommunen ein entsprechendes Konzept vorlegen. → [Drucksache 17/16774](#)

### KONTAKT

Florian Braun MdL (V.i.S.d.P.)  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Tel.: 0211 - 884 2387  
florian.braun@landtag.nrw.de

CDU Bürgerbüro Porz  
Hauptstraße 390  
51143 Köln  
Tel.: 02203 - 18 67 250  
www.florianbraun.nrw

